



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Leitartikel : von der ungarischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Leitartikel.

Von der ungarischen Grenze.



Wenn man es für notwendig gefunden hat, ein deutsches Wort für das englische *leader* zu schaffen, würde sich wahrscheinlich leicht feststellen lassen. Vor dem Anfange der vierziger Jahre wird es schwerlich gewesen sein, und eingebürgert hat sich der Begriff erst 1848 — in Oesterreich bestimmt. In ältern Zeitungen finden wir politische Fragen in Korrespondenzartikeln erörtert, eingehendere Besprechungen aber waren den Wochen- und Monatschriften vorbehalten und der in der Zeit von 1840 bis 1848 so fruchtbaren Flugchriftenlitteratur. Die mächtige Entwicklung des Journalismus hierzulande muß, da dem Sommerfascching des Revolutionsjahres bald wieder die strengste Zensurherrschaft folgte, von dem sogenannten orientalischen Kriege der Westmächte gegen Rußland datirt werden. Und dieser Zusammenhang erscheint verhängnisvoll. Napoleon III. that der „sechsten Großmacht“ nicht nur mit derartigen Worten schön, Leiter von Tagesblättern sahen nichts unpassendes darin, sich für ihr Wettern gegen den Zaren mit französischen Ehrenzeichen belohnen zu lassen, an deren Stelle vorsichtigere Geschäftsleute das auf Gold geprägte Bildnis des großen Völkerbefreiers gewählt haben sollen; gleichzeitig wurden die finanziellen Erfindungen der *Mirès* und *Pereire* bei uns eingeführt, und mit ihnen der Brauch, die Presse durch „Beteiligung“ mit Aktien für dergleichen Wohlthätigkeitsanstalten zu interessiren. Von da an brachte jedes Tageblatt in jeder Nummer politische und wirtschaftliche „Leitartikel.“ Ohne Zweifel war deren Zweck häufig, die Leser zu unterrichten, aufzuklären, natürlich im Sinne eines politischen und wirtschaftlichen Parteistandpunktes. Allein bei verschiedenen Organen ließen die Beziehungen

Grenzboten III. 1888.

25

zur eignen oder zu einer fremden Regierung in der Politik, zu dieser oder jener Geldmacht in Finanzfragen sich so wenig verhüllen, daß schnell der Glaube an die Aufrichtigkeit des Zeitungsurteils schwand, und man auch hinter der Bekämpfung verderblicher Bestrebungen wieder nur eigennützige Beweggründe vermutete. In der That erfolgte manchmal der Übergang von scharfer Kritik z. B. eines finanziellen Unternehmens zu dessen Anpreisung, oder umgekehrt, mit auffallender Blödsichtigkeit, und Unternehmungen, deren Unsolidität in einer Zeitung nachgewiesen wurde, ließen es sich nicht entgehen, durch Verbreitung solcher Erklärungsgründe die Wirkung der Kritik abzuschwächen.

Diese Ansicht vom Charakter des Zeitungswesens hat sich im wesentlichen unverändert erhalten, zum großen Schaden desselben im allgemeinen, der ehrlichen Blätter im besondern, und notwendigerweise nicht minder zum Schaden des öffentlichen Lebens. Jede Vorhaltung, daß es ein Unrecht sei, Blätter, von deren Unredlichkeit man überzeugt ist, durch das Abonnement zu unterstützen, wird mit Ausflüchten beantwortet: „Eins ist wie das andre, das meinige ist wenigstens geschickt redigirt und gut geschrieben, die darin ausgesprochenen Ansichten haben für mich keinerlei Bedeutung; wer liest denn überhaupt noch Leitartikel?“

Was den letzten Punkt betrifft, so wird allerdings jemand, der gewohnt ist, sich ein eignes Urtheil zu bilden, nicht darnach fragen, wie diese oder jene Zeitungsredaktion ein Ereignis, eine Maßregel angesehen haben will. Aber wie viel solche Leser giebt es denn? Im Verhältnis zu dem Anteil, der gegenwärtig am politischen Leben genommen wird, ist die Zahl der Personen mit eignem Urtheil unendlich viel geringer als zu der Zeit, wo die Beschäftigung mit politischen Fragen sich noch auf engere Kreise beschränkte. Das ist eben eine Folge der ungeheuern Vermehrung und der massenhaften Verbreitung der Zeitungen. Unleugbar ist der Aufwand von Talent in der Zeitungsindustrie bewundernswürdig, auch Wissen und Bildung sind neben großer Unwissenheit und Unbildung nicht gerade selten, und an Rührigkeit, Spürsinn, raschem und geschicktem Erfassen und Ausbeuten der „Konjunkturen“ steht diese Industrie keiner andern nach. Sie macht es uns sehr bequem. Kaum hat der Draht eine Nachricht überliefert, so liegt auch schon die Darstellung der Ursachen und Wirkungen der neuen Thatsache und die Vorschrift, wie der Wiedermann darüber zu denken habe, schwarz auf weiß vor uns. Wir brauchen unser Gedächtnis und unsern Verstand nicht anzustrengen, wir brauchen weder nachzuschlagen, noch nachzudenken, was beides Zeit und Mühe verursachen würde; wir prüfen nicht lange, ob die Behauptungen wahr und die Schlüsse richtig sind, sondern nehmen alles in gutem Glauben hin, sind begeistert oder enttäuscht, hoffnungsvoll oder mißmutig, bewundern oder spotten, wie es der Verfasser des Leitartikels verlangt, bilden uns zuerst ein, er habe unsre innerste Überzeugung ausgesprochen, und vergessen gleich darauf, daß er uns vorgebacht hat. Oder ist das nicht

bei Tausenden und Abertausenden der Fall? Sprechen nicht Leute, die sonst ganz verständig sind, tagtäglich den Leitartikeln ihres Lieblingsblattes nach, und sind höchlichst verwundert, wenn sie hören, daß die Dinge sich in Wahrheit ganz anders verhalten, oder daß sie in einem ganz andern Lichte erscheinen können?

Welche tief niederschlagenden Beobachtungen hat man in dieser Beziehung allein während der letzten zehn bis zwölf Monate anstellen können! Ich will nicht innere Angelegenheit berühren, deren Auseinandersetzungen für einen Leserkreis in Deutschland sehr weitläufig werden müßte, sondern nur unsere Beziehungen zu Deutschland. Es ist uns nicht leicht geworden, wir waren genötigt, alte Lieblingswünsche zum Schweigen zu verurteilen und Erinnerungen niederzukämpfen. Aber heute sind wir, d. h. die Deutschösterreicher, mit Ausschluß des Häufleins verstockter Klerikalen, mit dem Verstande und dem Herzen bei dem Bündnisse. Unsere Zeitungen versichern von sich dasselbe. Sie erkennen auch an hohen Feiertagen die überwältigende Größe des deutschen Kanzlers an. An den Werktagen aber beten die meisten gehorsam das Gebete der Berliner Oppositionspresse nach. Diese edeln Blätter haben im Kaiserstaate schwerlich andre Abonnenten als die Zeitungsredaktionen, und doch kennt sie jeder dem Namen nach, denn es vergeht kein Tag, wo nicht die Weisheit der „Freisinnigen Zeitung“ und des „Berliner Tageblattes“ uns aufgetischt würde. Wie das zugeht? Der einfache Grund ist, daß mit geringen Ausnahmen die Zeitungen von Juden geschrieben werden, die immer „freisinnig“ sind, soweit es sich irgend mit dem Geschäft verträgt, und Freisinn und Geschäft vertragen sich in der Regel sehr gut, weil der Österreicher im allgemeinen wirklich freisinnig ist und der Deutschösterreicher erst recht unter der Herrschaft der Slaven. Nun wußte die Berliner Oppositionspresse genau, was sie that, als sie den unglücklichen Fürsten, der sich von Eugen Richter und Genossen als ihr Fürstenideal verherrlichen lassen mußte, im Lichte eines Philosemiten erscheinen ließen und seinen Nachfolger in den fürchterlichen Verdacht brachten, ein aufrichtiger Christ, ja wohl gar ein Antisemit zu sein. Sofort stand das Urteil über beide Persönlichkeiten fest. Wir bekamen über die Krankheit des Kaisers Friedrich fast nur zu lesen, was das Mackenziesche Preßbureau verbreitete; ja noch gegenüber dem Gutachten der ausgezeichnetsten deutschen Ärzte, denen sich der berühmteste Spezialist an der Wiener Universität, Professor von Schrötter, anschließt, haben große Blätter die Stirn, für den Engländer und seine Beschützer Partei zu ergreifen. Als jeder Deutschfühlende durch die Frage aufs tiefste erregt wurde, ob wegen einer Prinzenheirat nicht nur der Schöpfer des deutschen Reiches verdrängt, sondern zugleich seine Schöpfung bedroht und der europäische Friede leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden solle, da war die Haltung derselben Zeitungen so schmähsch, daß die Empörung sich endlich Bahn brach, und die Furcht vor dem Abfall ihrer Abonnenten wie im Hochsommer 1870 die Trefflichen zum Einlenken bestimmte. Das Auftreten der „Norddeutschen Allgemeinen

Zeitung“ gegen den „Pester Lloyd“ hat viel Aufsehen gemacht, und die magyarischen Blätter hatten Recht, wenn sie dem „Kanzler-Organ“ Unkenntnis der ungarischen Verhältnisse vorwarfen. In der That ist der „Pester Lloyd“ so wenig der Ausdruck der wahren öffentlichen Meinung in Ungarn, wie man das entsprechende von verschiedenen Wiener Zeitungen sagen könnte: der eine und die andern sind Organe des Subentums und glauben sehr wahrscheinlich außerdem, sich mit den Äußerungen ihres Großen an einzelnen höhern Stellen beliebt zu machen. Gleichwohl kann man sich nicht wundern, wenn die „Norddeutsche“ jenes Blatt überschätzte, da dessen Redakteur eine hervorragende Rolle im ungarischen Reichstage spielt. In Berlin braucht es ja nicht bekannt zu sein, daß der Ungar zwar ein geborner Redner, aber oft kein Freund des Schreibens ist, und daß daher die Abgeordneten gern die Mühe und die Ehre, Referate zu verfassen, einem Kollegen abtreten, der durch vieljährige, man möchte sagen lebenslängliche Übung eine ungewöhnliche Gewandtheit im Leitartikelschreiben erworben hat.

Überhaupt werden ja Leitartikel nicht ausschließlich geschrieben, sondern auch gesprochen. Sie sind sehr beliebt, um Dilettanten in der Politik in die Vertretungskörper zu verhelfen, und bei den Wählern von Zeit zu Zeit den Stolz auf einen solchen Vertreter aufzufrischen. Diese Form erlaubt es, die Politik im großen und ganzen, insbesondere die auswärtige, von höhern und größern Gesichtspunkten aus, d. h. ohne eigentliche Sachkenntnis, aber mit Pointen zu betrachten, die ins Ohr fallen wie eine Operettenmelodie und daher eben so viel Anspruch auf Popularität haben. Der parlamentarische Leitartikler hat noch den Vorteil, auf eine Arbeit so viele Wochen oder Monate verwenden zu können, als dem Journalisten Stunden gegönnt sind; und ist die Rede glänzend ausgefallen, so wird sie zur Befriedigung des Verfassers nicht nur in allen Zeitungen abgedruckt, sondern auch zum Thema neuer Leitartikel gemacht. Dieses in gewissem Sinne einträgliches Geschäft blüht bei uns vielleicht mehr als irgendwo sonst, und vor allem sind die Delegationen der Boden, auf dem politische Sonntagsreiter die hohe Schule produzieren. Bald entwickelt ein abgedankter Diplomat, um wie viel mächtiger Osterreich-Ungarn dastehen würde, wenn es sich nicht unbedacht von den Traditionen Vuols losgesagt hätte, bald giebt sich einer die größte Mühe, den Glauben zu erwecken, daß wir nach Macedonien schielen, bald hält einer dem Kriegsminister eine Vorlesung, auf welche dieser, als höflicher Mann, lieber gar nicht antwortet. Die Redner sind dann ohne Zweifel überzeugt, daß mehrere Tage lang Europa von ihnen spreche, während sie in Wahrheit nur zur Ausbreitung jenes Skeptizismus beigetragen haben, den die Anhänger des parlamentarischen Systems so sehr scheuen.

Die Zeichen, daß man des Leitartikelregimes überdrüssig geworden ist, mehren sich auf allen Seiten, ohne daß wir deshalb so bald Befreiung erwarten dürften. Dergleichen Übelstände, ob sie „erbt“ sind oder nicht, lassen sich nicht

so schnell auszrotten. Mit umso größerer Ausdauer muß man an deren Beseitigung arbeiten. Ein Stimmungsanzeichen ist das immer wiederholte Aufwerfen der Frage, wie die jetzige innige Verbindung zwischen Publizistik und Annoncenwesen beseitigt werden könne. Daraus sollten die Zeitungen, die ein gutes Gewissen haben, ersehen, daß der Gedanke weder totzureden noch totzuschweigen ist; die andern werden natürlich jeden Versuch einer Reform mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen, denn sie kämpfen um ihre Existenz. Sie erkennen die volle Bedeutung der Frage. Ob dies bei dem Verfasser des unlängst in dieser Zeitschrift abgedruckten Aufsatzes „Ein Reichsanzeigeblatt“ der Fall ist, wurde nicht ganz klar. Vielleicht hat er die Konsequenzen seines Vorschlages absichtlich nur nach der einen Seite hin verfolgt, und auf alle Fälle ist es von großem Werte, daß einmal die Sache nur vom geschäftlichen Standpunkte aus besprochen worden ist. Man versteht auch leicht, weshalb der Verfasser von einem Monopol nichts wissen mag. Doch wird dies immer das Ziel bleiben müssen. Erst wenn der Zeitungsverleger oder Zeitungsredakteur, welcher Bezahlung genommen, und ebenso derjenige, welcher bestochen hat, wegen Verstoß gegen das Monopol verfolgt werden kann, ist die Möglichkeit gegeben, der Korruption erfolgreich auf den Leib zu rücken. Zeitungen, die sich schon in ihren Ankündigungen in eine Reihe mit „Gummivaaren“ und Brandts Schweizerpillen stellen, würden gewiß auch sehr erfinderisch in Schleichwegen zur Umgehung des Gesetzes sein, aber so schwunghaft wie jetzt ginge das Geschäft auf keinen Fall mehr. Jetzt läuft das Ding so glatt wie ein Uhrwerk. Der geriebene Inseratensagent verschafft die Mittel zur Besoldung von Korrespondenten, phantasiereichen Reportern und beliebten Novellisten, der Inserate und des bunten Stoffes halber wird das Blatt auch von Leuten gehalten, die seine Richtung verabscheuen. Hört einmal die eigentliche Einnahmequelle zu fließen auf, so werden anständige Blätter wieder konkurrieren können, und das Publikum wird bei dem Abonnement wieder auf den Charakter der Zeitung sehen. Es wäre denkbar, daß auch dann in Wien ein boulangeristisches Organ erschiene und den deutschen Kaiser und dessen Ratgeber über das monarchische Prinzip und die preussischen Traditionen aufklärte. Aber seine Leitartikel würden dann Monologe sein. Daß die Einführung einer solchen neuen Ordnung eine schwere Krisis für alle Zeitungen bedeuten würde, ist unverkennbar, aber die anständigen Blätter thäten, wie gesagt, wohl, sich lieber auf eine Reform, die über kurz oder lang doch kommen muß, vorzubereiten, anstatt mit unwürdigen Genossen Chorus zu machen. Die Vorteile für die Geschäftswelt und für den Staat hat Herr Mülling sehr richtig dargelegt, jeder Staat würde die neue Einnahme brauchen können. In Oesterreich z. B. wird seit Jahrzehnten die Abschaffung des Lottos ersehnt, nur weiß man nicht den Ausfall zu decken. Der Staat ziehe das Ankündigungswesen an sich, und er kann das unmoralische Institut aufheben.